

Mehr Zeit für Mitsprache

Autor(en): **Koch, Hermann**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **58 (1979)**

Heft 10

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339577>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mehr Zeit für Mitsprache

Im Zeichen der Diskussion über die Mitbestimmung hat innerhalb unserer Parteibasis der Wille wieder zugenommen, bei wichtigen Entscheidungen den Kurs der Partei mitzubeeinflussen. An sich bieten die Parteitage viele Möglichkeiten, mitzubestimmen. In der Praxis sieht es ein wenig anders aus. Es fehlt vor den Parteitagen die Zeit für Information und Diskussion über die Grundsatzfragen.

Immer mehr zeigt sich, dass die Sektionen manchmal an der Grenze der Belastbarkeit angelangt sind. Neben den Wahlkämpfen – von Gemeinde- bis zu den Nationalratswahlen –, für die unter anderem Artikel geschrieben und Flugblätter verteilt werden müssen, finden noch Abstimmungen statt. In letzter Zeit sind es meist Multipackabstimmungen mit beispielsweise vier kantonalen, zwei bis drei eidgenössischen und vielfach noch Gemeindevorlagen. Hier verlangen die Parteimitglieder, dass sie an den Sektionsversammlungen über die Vorlagen an sich, aber auch über den Standpunkt der Partei informiert werden, damit sie auch diskutieren können.

Der Vorstand befindet sich somit in einer Zwickmühle: Einerseits verschlingen Wahlkämpfe und Informationsarbeit immer mehr Zeit, andererseits sind bei den Mitgliedern übermässig viele Versammlungen nicht erwünscht. So kommen Grundsatzfragen, die ebenso wichtig sind, oft zu kurz.

Meistens versucht man dann, die Versammlungen längerfristig – zwei bis drei Monate zum voraus – zu planen und Referenten und Unterlagen zu bestellen. Da kommen unverhofft oder viel zu kurzfristig Vernehmlassungen der Kantonalpartei, oder die Sektionsanträge für den SPS-Parteitag, die ebenfalls diskutiert werden sollten. Das Programm steht auf dem Kopf. Schliesslich bleibt nichts anderes übrig, als dass die Grundsatzdiskussionen wegfallen; Referenten können nicht einfach eingeladen werden. Vielen Sektionen ist es beim Thesenpapier zu den Nationalratswahlen so ergangen.

Für ein neues Parteiprogramm könnte sich eine ähnliche Situation besonders nachteilig auswirken. Es wird nicht von der Basis getragen werden, wenn diese nicht frühzeitig informiert wird, diskutieren und Anträge stellen kann. Wenn man will, dass die Delegierten einen guten Überblick über die Sektionsmeinung haben, ist es unerlässlich, solche Papiere an mindestens zwei Versammlungen zu diskutieren. So können sich eventuell noch Arbeitsgruppen bilden, die an der zweiten Sitzung ihre Meinung und eventuelle Anträge der Vollversammlung vorlegen können. Geschieht dies nicht, ist der Delegierte am Parteitag auf sich selbst gestellt, und viele Mitglieder haben das Gefühl, überfahren worden zu sein. So breitet sich langsam ein Gefühl der Machtlosigkeit aus.

Diskussionen brauchen aber Zeit und Vorbereitung. Es ist nicht damit getan, wenn man sich an Statuten hält, die vorschreiben, dass die Anträge der Parteiorgane mindestens acht Wochen vor dem Parteitag den Sektionen bekanntzugeben sind (Statuten SPS, Artikel 15 Absatz 7). Mit diesem Vorgehen sind die Sektionen und das einzelne Mitglied überfordert. Schliesslich muss man mindestens noch zwei Wochen rechnen, bis die Informationen von der Sektion an die Mitglieder weitergeleitet werden können und eine Parteiversammlung stattfinden kann. Dass dies bei Wahlthesen oder sogar bei einer Diskussion über ein neues Parteiprogramm eine zu kurze Frist ist, sollte jedermann einleuchten. Eine so komplexe Materie, wie sie ein Parteiprogramm darstellt, braucht für die Diskussion und das eventuelle Erarbeiten von Gegenvorschlägen eben mehr als ein paar Wochen. Deshalb müssen Papiere mit solchen Auswirkungen mindestens ein halbes Jahr vor dem Parteitag vorhanden sein. Damit bleibt den Sektionen genügend Zeit, die Mitglieder zu orientieren, eventuell Arbeitsgruppen zu bilden und Anträge zu stellen, die von der Basis getragen werden.

Wer die innerparteiliche Demokratie ernst nimmt, sollte sich nicht nur am Parteitag verbal für frühzeitige Informationen einsetzen, sondern dies auch in die Praxis umsetzen. Eine Änderung des Artikels 15 Absatz 7 und 8, die ja nur von einem Parteitag beschlossen werden kann, ist langfristig vorzubereiten. Die statutarische Frist stellt nur eine Minimalforderung dar; es ist nicht verboten, für die Diskussion des neuen Parteiprogramms freiwillig mehr Zeit einzuräumen. Wir wollen doch, dass die Parteimitglieder sich mit ihrem Programm, das wieder für viele Jahre gelten soll, identifizieren können – und Demokratie braucht eben Zeit.